



# Interviews

**Datum: 01. November 2023**

**Interview mit Christian Dürr, Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion**

**Dirk Müller:** Die Warnung, die Mahnung von Boris Pistorius, diese impliziert mehr tun für die Wehrhaftigkeit, für die Schlagkraft, für die Schlagfertigkeit der Truppe und fordert damit auch mehr Tempo bei der Reform der Bundeswehr bei Ausrüstung, Material, Munition. Weit über 100 Milliarden Euro sind da bislang verplant. Was macht jetzt die Ampelkoalition mit dem Aufschlag des Verteidigungsministers? Unser Thema mit dem Vorsitzenden der FDP-Bundestagsfraktion, Christian Dürr, einen schönen guten Morgen.

**Christian Dürr:** Guten Morgen, Herr Müller.

**Müller:** Herr Dürr, wie real ist Kriegsgefahr für Sie?

**Dürr:** Na ja, es ist immer schwer einzuschätzen im Detail. Das haben wir am Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine gesehen, wo ja doch am Ende des Tages der Westen, das müssen wir selbstkritisch sagen, überrascht war. Aber wir müssen wehrhaft sein. Die Gewährleistung der äußeren Sicherheit ist eine Kernaufgabe des Staates.

**Müller:** Und das wussten Sie bereits, bevor Boris Pistorius das jetzt thematisiert hat?

**Dürr:** Also, das war allen Beteiligten klar und ich meine, das ist auch der Grund für das Sondervermögen. Das ist ja ein einmaliger Vorgang, dass wir so radikal auch die Wehrpolitik, die Verteidigungspolitik ändern, indem wir sagen, auf der Finanzierungsseite brauchen wir ein Sondervermögen von 100 Milliarden Euro, wie es schon vorher im Beitrag Herr Pistorius gesagt hat, um die Fehler der Vergangenheit auch finanziell zu kompensieren. Denn die Bundeswehr ist in der Vergangenheit nicht gut ausgerüstet worden. Offenes Wort. Das war auch einer der Kritikpunkte der FDP in der Vergangenheit, aber das hilft ja nichts. Das ist verschüttete Milch. Wir müssen

jetzt nach vorne schauen. Und Wehrhaftigkeit heißt eben auch, die Bundeswehr so auszustatten, dass unser Land wehrhaft ist.

**Müller:** Will der Verteidigungsminister noch mehr Geld?

**Dürr:** Also, der Verteidigungsminister sagt zu Recht, dass wir auch unsere NATO-Vorgaben einhalten müssen. Das erledigen wir jetzt mit dem Sondervermögen, besser gesagt erreichen wir jetzt mit dem Sondervermögen. Aber das heißt auch, dass wir natürlich in Zukunft die Bundeswehr vernünftig ausstatten müssen. Das ist das gemeinsame Ziel. Das ist übrigens ein Grund, warum der Wehretat ja komplett ausgenommen ist von der Haushaltskonsolidierung. Sie wissen, dass wir zurück zur Schuldenbremse kehren. Das hat Verfassungsgründe, das hat auch ökonomische Gründe. Stichwort Inflationsbremse. Das ist nämlich die Schuldenbremse. Aber der Wehretat ist zu Recht ausgenommen, denn hier sind in der Vergangenheit Fehler gemacht worden, weil zu wenig investiert worden ist.

**Müller:** Jetzt müssen Sie mir mathematisch noch ein bisschen nachhelfen. 1,49 Prozent am Bruttoinlandsprodukt, das ist im Moment der aktuelle Anteil des Bundeswehretats. 2 Prozent, das haben Sie gerade gesagt, ist die NATO-Marke. Da fehlen immer noch 0,5. Das Sondervermögen rechnen Sie dann einfach dazu und dann sind Sie bei 2?

**Dürr:** Ja, das ist ja der Grund, weswegen wir das Sondervermögen auflegen. In der Vergangenheit gab es diese NATO-Quote ja auch schon. Und richtig ist, dass wir sie jetzt mit dem Sondervermögen erreichen. Das heißt, wir erreichen unsere NATO-Ziele. Wir müssen das auch in die Zukunft fortschreiben. Das ist genauso richtig. Ich will allerdings hinzufügen, es geht ja nicht nur hier um Prozentrechnung, sondern es geht um die echte Wehrhaftigkeit. In der Vergangenheit, auch das müssen wir noch mal ... war immer von der FDP auch kritisiert worden, aber wie gesagt, das ist verschüttete Milch. In der Vergangenheit haben wir auch Geld in der Bundeswehr ausgegeben, ohne dass es effizient ausgegeben worden ist. Denken Sie an die ganze Berateraffäre zu Zeiten von Verteidigungsministerin Frau von der Leyen usw. usf. Da ist ja Steuerzahlergeld leider auch versenkt worden, ohne dass die Wehrhaftigkeit gestiegen ist. Das heißt, Effizienzsteigerung auf der einen Seite, denn wir müssen

mit dem Geld der Steuerzahler vernünftig umgehen und auf der anderen Seite auch eine Mittelerhöhung. Beides muss zusammengebracht werden.

**Müller:** Und wenn das finanziert werden muss und Sie können das nicht im Haushalt darstellen, dann machen Sie ein Sondervermögen, was viele ja als Sonderschulden bezeichnen. Wie kommt die FDP da wieder raus?

**Dürr:** Das Sondervermögen hat ja einen zweiten Grund. Neben der Erreichung der sogenannten NATO-Quote, also dieses 2-Prozent-Ziel vom Bruttoinlandsprodukt, musste ja auch schnell Geld zur Verfügung stehen, um die Fehler der Vergangenheit sozusagen schnell zu kompensieren, auch größere Rüstungsprojekte schnell zu finanzieren. Noch mal: Die Fehler der Vergangenheit, an denen können wir nichts ändern. Als FDP können wir sogar gar nichts dafür, aber wir sind in Verantwortung. Das heißt, da muss man auch über seinen Schatten springen. Und ich glaube, dieses Sondervermögen, dieses Geld ist wirklich gut investiert, denn es geht um unsere äußere Sicherheit.

**Müller:** Aber da stimmen Sie zu, das sind Sonderschulden?

**Dürr:** Also, der Bund hat 29 Sondervermögen. Das sind keine, die die Ampel eingeführt hat. Lediglich eins hat die Ampelkoalition eingeführt, nämlich das besagte Sondervermögen für die Bundeswehr. Das andere haben Vorgängerregierungen gemacht, insbesondere in der Regierungszeit von Frau Merkel. So, und jetzt bauen wir übrigens mit dem kommenden Haushalt 2024 drei Sondervermögen sogar wieder ab. Das heißt, wir reduzieren diese Sonderposten. Ich bin ja ganz bei Ihnen. Viel besser ist es, wenn es im sogenannten Kernhaushalt des Bundes finanziert wird, aber niemand wird ja ernsthaft bestreiten können, dass es mit dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine notwendig war, dieses Sondervermögen einzurichten. Wir haben das übrigens über die Verfassung gemacht und richtigerweise hat auch die CDU/CSU dort zugestimmt.

**Müller:** Jetzt habe ich hier noch Klimatransformationsfonds – ist ja auch ein Sondervermögen. Kostet ja auch Geld.

**Dürr:** Genau.

**Müller:** Haben Sie jetzt vergessen, oder?

**Dürr:** Nein, nein.

**Müller:** Waren Sie mitbeteiligt.

**Dürr:** Das ist ein Sondervermögen. Nein, da waren wir nicht beteiligt. Das ist ein Sondervermögen, der Klima- und Transformationsfonds, der hieß früher mal Energie- und Klimafonds, zu Zeiten der Großen Koalition, was wir geerbt haben. Ich erwähnte ja vorhin, Herr Müller, dass wir zahlreiche Sondervermögen geerbt haben von der Vorgängerregierung. Die bauen wir jetzt teilweise ab im Rahmen der Haushaltskonsolidierung. Ein Sondervermögen haben wir eingeführt, das für die Bundeswehr. Und noch mal, da stehe ich voll dahinter. Das ist richtig. Ich glaube, niemand wird bestreiten können, dass das notwendig war.

**Müller:** Wenn das niemand tut, also würden Sie ... ich hatte Sie ja gefragt, also Schulden, damit man die Bezeichnung, die Sprache ein bisschen klarer bekommt. Schulden ist schon der richtige Ausdruck dafür? Jetzt noch mal die Frage an Sie.

**Dürr:** Die Sondervermögen, ich müsste jetzt alle Sondervermögen aufzählen.

**Müller:** Bleiben wir bei den 100 Milliarden. Wir reden ja jetzt über die 100 Milliarden Bundeswehr ...

**Dürr:** Das wird ja unterschiedlich finanziert. Also, der Klimatransformationsfonds, den Sie ansprachen, wird beispielsweise aus CO<sub>2</sub>-Einnahmen finanziert, nicht aus Schulden. Aber davon mal abgesehen. Ja, beim Sondervermögen für die Bundes-

wehr sind es Schulden. Und zum Begriff will ich etwas sagen. Sie haben ja vollkommenes Recht, das ist irreführend. Das kommt aus der Bundeshaushaltsordnung. Und jetzt halten Sie sich fest.

**Müller:** Tue ich gerade.

**Dürr:** Genau diese Bundeshaushaltsordnung kommt aus den Zeiten der unionsgeführten Bundesregierung. Also kurzum, das ist ein technischer Begriff, über den man furchtbar gerne streiten kann. Man kann auch gerne Sonderschulden machen. Wichtig ist ja, dass wir eins tun, Herr Müller, und das ist das Wichtigste, wir halten die Schuldenbremse wieder ein. Wir bauen Sondervermögen ab. Also, die Haushaltskonsolidierung machen wir parallel und gleichzeitig erledigen wir die Kernaufgaben des Staates, nämlich die äußere Sicherheit.

**Müller:** Wird ja nicht ganz klar, dass man die Schuldenbremse einhält und hat dann 100 Milliarden Sondervermögen gemacht. Meine Frage ist ja jetzt: Wird der Verteidigungsminister – Sie reden ja regelmäßig mit ihm – wird der noch mehr fordern? Reicht das aus nach dem Aufschlag, den er gemacht hat, diese 100 Milliarden? Wir haben das so verstanden als bräuchte er noch viel, viel mehr, um das alles realisieren zu können, was im Moment auf der Agenda steht.

**Dürr:** Da reden wir über die Politik der kommenden Jahre und Jahrzehnte. Zurzeit sind wir in den Haushaltsberatungen. Und da erwähnte ich vorhin, Herr Müller, dass andere Haushalte sparen mussten, also auch Ausgaben reduzieren mussten. Das galt nicht für den Verteidigungsetat. Und das halte ich auch für vollkommen richtig. Haushaltspolitik heißt auch immer, Dinge abzuwägen und Schwerpunkte zu setzen. Die Politik muss lernen, mit dem Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler zurechtzukommen. Das hat die Große Koalition nicht geschafft, trotz florierender Staatseinnahmen. Wir tun das jetzt. Denn eins ist wichtig zu wissen, es geht ja hier nicht um einen Selbstzweck oder „nur“ – in Anführungszeichen – darum, das Verfassungsgebot der Schuldenbremse zu erfüllen, sondern die Konsolidierung und die Zügelung der Ausgaben ist gleichzeitig auch eine Inflationsbremse. Und dass wir erfolgreich sind, zeigen die aktuellen Inflationszahlen. Die Inflation ist auf einem niedrigen Niveau, insbesondere auch, weil wir uns an die Schuldenbremse halten.

**Müller:** Ist das jetzt in Stein gemeißelt, was Sie gesagt haben? Subventionierung der Strompreise wird ja auch diskutiert. Würde ja auch auf den Bundesetat gehen. Das heißt, das macht die FDP definitiv nicht mit?

**Dürr:** Der sogenannte Industriestrompreis, von dem ja nur ganz wenige profitieren würden und die breite Mehrheit der Menschen der privaten Haushalte und der mittelständischen Unternehmen müsste diese Subventionen zahlen, nein, das kann es sicherlich nicht geben. Ist übrigens auch ökonomisch unsinnig. Denn wir müssen etwas anderes tun. Wir sollten schauen wie wir weiter Haushaltskonsolidierungen betreiben und stattdessen beispielsweise bei der Stromsteuer die Auflagen, die Belastung des Staates reduzieren. Also, die Idee muss doch sein, weniger zu belasten, weniger steuerliche Belastung und nicht mehr Subventionen.

**Müller:** Also Steuersenkung beim Strompreis?

**Dürr:** Bei der Stromsteuer ist es ja ein Vorschlag der FDP zu sagen, anstatt dass wir erst viele Einnahmen haben über eine Stromsteuer und dann für einige wenige eine Subvention auskehren, sollten wir doch von vornherein die Steuerlast des Staates reduzieren.

**Müller:** Dann werden die Energiepreise mit großer Wahrscheinlichkeit weiterhin sehr, sehr hoch sein. Christian Lindner, Ihr Parteichef, hat jetzt gefordert, Kohleausstieg 2030 noch einmal neu überdenken. Haben Sie das auch schon überdacht?

**Dürr:** Also, wir müssen über alles nachdenken in der Energiepolitik. Denn richtig ist, wir sind nicht ausreichend wettbewerbsfähig. Aber das wird ja nicht gelingen, indem wir mehr Subventionen ausgeben. Sondern einerseits, ich erwähnte es vorhin, weniger steuerliche Belastung und auf der anderen Seite das Angebot ausweiten. Das ist das, was man ökonomisch sinnvollerweise tut, wenn das Angebot knapp ist. Das heißt, mehr Möglichkeiten schaffen. Beispielsweise neue Form der Energieversorgung. Das ist ein Grund übrigens, Herr Müller, warum wir für den Verbrennungsmotor kämpfen, damit nicht alles elektrisch werden muss und der Strom noch teurer wird usw., usf. Das heißt, eine kluge Energiepolitik, verbunden mit weniger Abgaben, das führt zu mehr Wettbewerbsfähigkeit des Standortes.



**Müller:** Wir haben das heute Morgen auch den Ökonom Michael Hüther gefragt, Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft. Thema Kohleausstieg 2030 – noch mal zu Disposition stellen, ja oder nein?

„Wenn wir jetzt auch noch anfangen, wieder den Kohlekompromiss aufzuziehen, ich würde mal sagen, lassen wir doch mal das, was ursprünglich beschlossen wurde, 2038, darauf haben sich auch beispielsweise in der Lausitz viele eingestellt, dann ist es teilweise auf 2030 zurückgenommen. Jetzt stellen wir es wieder infrage. So können sie auch keine Politik machen.“

**Müller:** Sorry, ich hatte vergessen zu sagen, dass wir diesen O-Ton, diesen Auszug noch einmal einspielen wollen, den wir gerade gehört haben von Michael Hüther. Nehmen Sie das ernst?

**Dürr:** Wir müssen über alles reden, Herr Müller. Ich bin gegen Denkverbote. Wir sehen doch, dass die Energiepreise in Deutschland so hoch sind, dass auch die energieintensive Industrie Probleme hat. Und das ist der Grund, warum wir sagen, das Angebot muss ausgeweitet werden. Und ich bin bereit, in alle Richtungen zu denken. Mir geht es jetzt nicht darum, den Kohleausstieg infrage zu stellen, sondern mir geht es darum, dass wir breiter denken. Es wird nicht reichen, allein aus Wind und Sonne und einem Netzausbau, der dann übrigens den Strompreis wieder belastet, das Ganze zu kompensieren, sondern wir müssen über Energieimporte nachdenken. Das ist übrigens ein Grund, warum die Bundesregierung eine sehr breite Wasserstoffstrategie gemacht hat, um einerseits klimaneutral zu werden und andererseits das genannte Angebot auszuweiten.

**Müller:** Also, denken heißt eventuell auch verändern. Noch mal, 2030 Kohleausstieg, das schnüren Sie noch mal auf? Habe ich Sie da richtig verstanden?

**Dürr:** Nein, es geht mir jetzt nicht darum, einzelne Dinge hier zu nennen. Mir geht es darum, dass wir in der Energiepolitik insgesamt breiter denken. Und ich finde, da darf es keine Tabus geben.

**Müller:** Jetzt hat es viel Frustration offenbar oder jedenfalls Frustrationspotenzial in Ihrer Partei gegeben in den vergangenen Monaten mit Blick auf die Ampelkoalition, mit Blick auf die Streitereien in der Ampelkoalition. Eine Forderung von Liberalen, 20 Lokalpolitikern, Ihre Koalition jetzt zu verlassen, die Aufforderung an Sie auch als Fraktionschef zu sagen, wir gehen raus aus dieser Ampelkoalition. Bedrückt Sie das?

**Dürr:** Nein, Herr Müller, ich hatte ja vorhin eins gesagt. Wir sind in Verantwortung gewählt worden. Und die Fehler der Vergangenheit, das ist jetzt auch unsere Aufgabe, diese zu korrigieren. Ich habe das in Bezug auf die Haushaltspolitik erwähnt, in Bezug auf die Verteidigungspolitik und natürlich in Bezug auf die Energiepolitik. Und das tun wir sukzessive. Ich finde, wenn man sich zu einer Wahl stellt und bereit ist, die Fehler der Vergangenheit ... und die wiegen sehr schwer. Deutschland hat keine Reformpolitik gemacht, eine schlechte Verteidigungspolitik und keine strategische Energiepolitik. Daran müssen wir arbeiten. Das tun wir in dieser Koalition und deswegen ist die FDP in der Koalition.

**Müller:** Aber das wissen Ihre Parteifreunde und -Freundinnen ja auch. Warum dann diese Forderung?

**Dürr:** Jetzt würde ich das nicht überhöhen, Herr Müller. Es sind, wenn ich es richtig sehe, 25 Menschen, die sich dort geäußert haben. Die FDP hat 77 000 Mitglieder aktuell. Also, vor dem Hintergrund bitte ich das sozusagen zumindest in einen Kontext zu rücken. Aber noch mal, dass es immer kritische Stimmen gibt in einer demokratischen Partei, ist absolut normal und auch goldrichtig. Aber gleichzeitig in Verantwortung zu gehen, heißt, dass man Verantwortung übernimmt, auch die Fehler anderer und Vorgängerregierungen auszugleichen und in eine richtige Richtung zu führen. Das habe ich in Bezug auf die Energiepolitik, Verteidigungspolitik und Haushaltspolitik gerade dargelegt. Und das führt manchmal auch zu Diskussionen in der Ampel, ja.

**Müller:** Herr Dürr, Sie haben ja eben gesagt, über alles nachdenken, aber darüber denken Sie jetzt nicht nach, die Koalition zu verlassen?



**Dürr:** Nein, darüber denke ich nicht nach, denn die Verantwortung nehme ich sehr, sehr ernst. Wir sind in einer sehr herausfordernden Zeit. Denken Sie an den Konflikt im Nahen Osten, die furchtbaren Terroranschläger der Hamas, den Angriffskrieg auf die Ukraine und die Herausforderungen, die wir in Bezug auf den Standort Deutschland haben. Wir haben im kommenden Jahr eine Europawahl, wo es auch um den Standort Europa und Deutschland geht. Das heißt, die Aufgaben reißen ja nicht ab. Und leider hat Deutschland fast zwei Jahrzehnte keine Reformpolitik gemacht. Die Planungsbeschleunigung ist zwei Jahrzehnte liegengeblieben. Die haben wir jetzt gemacht. Über die Energiepolitik sprach ich gerade. Und wir könnten die Liste fortsetzen. Beispielsweise bei der Bildungspolitik, wo wir jetzt endlich nach vielen Jahren der Diskussion gerade Schulen unterstützen in Regionen, wo es die Kinder besonders schwer haben. Also, dieses Land braucht Reformen und daran arbeitet die FDP weiter.

**Müller:** Der FDP-Bundestagsfraktionschef Christian Dürr war das bei uns heute live im Interview, danke für Ihre Zeit.

**Dürr:** Danke, Herr Müller.

*Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.*